

Kreml bleibt verantwortlich

Noten zur Deutschlandfrage in Moskau überreicht

Berlin (Eigenbericht). Die drei Westmächte haben der Sowjetunion die Einberufung einer Außenministerkonferenz für den 11. Mai nach Genf vorgeschlagen. Sie erklären sich außerdem zu einer Gipfelkonferenz im Sommer bereit, wenn der Verlauf der Außenministerverhandlungen ein Treffen der Regierungschefs rechtfertigt. Zur gleichen Zeit hat auch die Bundesrepublik die sowjetische Note vom 2. März beantwortet. Wir veröffentlichen den Wortlaut der deutschen Note sowie ausführliche Auszüge aus den Noten der Westmächte.

Nach dem Wunsch der Westmächte sollen am Beginn der Außenministerkonferenz nur die vier für Deutschland verantwortlichen Mächte teilnehmen. Es wird eingeräumt, daß andere Staaten, wie Polen und die Tschechoslowakei, erst in einem gewissen Stadium der Verhandlungen hinzugezogen werden. Berater der Bundesrepublik und der Sowjetzone sollen zu dieser Konferenz eingeladen und konsultiert werden. Sollte der Verhandlungsverlauf eine Gipfelkonferenz rechtfertigen, sind die Westmächte zur Teilnahme an einer solchen Konferenz bereit. In allen Noten wird die Verantwortung der Sowjetregierung für eine Lösung der Deutschlandfrage eindeutig festgelegt.

Bonn zu de Gaulle

Ein Sprecher der Bundesregierung erklärte zu den Äußerungen des französischen Staatspräsidenten, nach Auffassung der Bundesregierung könne die Oder-Neiße-Linie „nicht als jetzige deutsche Ostgrenze gelten“. Auch die westlichen Verbündeten hätten die endgültige Festsetzung der deutschen Ostgrenze dem Abschluß eines Friedensvertrages vorbehalten, über den eine gesamtdeutsche Regierung mit zu verhandeln habe. In Bonner Regierungskreisen wurde erklärt, als deutsche Grenzen gälten immer noch die im Potsdamer Abkommen genannten Grenzen nach dem Stand vom

31. Dezember 1937. Die SPD stellt in ihrem Pressedienst fest, es genüge nach den gemeinsamen Freundschaftserklärungen von Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle nicht, wenn Bonner Regierungskreise nur ihr „Befremden“ äußerten.

Die Londoner „Times“ schreibt zum gleichen Thema, die Empfehlung de Gaulles, daß Deutschland auf seine Ostgebiete verzichten solle, sei „die erste Wolke, die seit langer Zeit an dem sonnigen Himmel der deutsch-französischen Beziehungen auftauchte“. Die denkenden Menschen seien sich jedoch bewußt, daß die Chancen gering seien, die deutschen Ostgebiete zurückzugewinnen. Trotzdem bleibe es ein politischer Grundsatz, sie rechtlich als zu Deutschland gehörig zu betrachten.

Zwischenfall im Luftkorridor

Sowjetische Düsenjäger behinderten US-Transportmaschine

Bonn/Washington (dpa). Am Karfreitag ist ein Transportflugzeug der amerikanischen Luftwaffe über dem Gebiet der Sowjetzone sowohl auf seinem Flug nach Westberlin als auch auf dem Rückflug in die Bundesrepublik von sowjetischen Düsenjägern behindert worden. Die Maschine flog in Höhen von über 3300 bzw. 9000 Metern.

Der Berlin-Flug der Maschine war den sowjetischen militärischen Dienststellen in Ostberlin zwei Tage vorher angekündigt worden. Schon bei dieser Gelegenheit hatten die Sowjets den angekündigten Flug als nicht zulässig bezeichnet. Das Hauptquartier der amerikanischen Luftwaffe in Wiesbaden hat bei den sowjetischen Militärbehörden in Ostberlin protestiert und darauf hingewiesen, daß die amerikanische Maschine ernsthaft gefährdet worden sei, obwohl sie sich vorchriftsmäßig in einem der drei Luftkorridore bewegt habe.

In einem sowjetischen Gegenprotest heißt es demgegenüber, die amerikanische Maschine habe die Abmachungen verletzt, weil sie in zu großer Höhe, nämlich über 3300 Meter, geflogen sei. Der Luftraum über 3300 Meter aber sei ausschließlich sowjetischen Maschinen vorbehalten.

Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärte am Dienstagabend in Washington, die USA würden sich allen sowjetischen Bemühungen widersetzen, die Höhe zu begrenzen, in der amerikanische Flugzeuge von und nach Westberlin fliegen dürfen.

Dem Luftzwischenfall messen politische Beobachter in Bonn erhöhte Bedeutung zu, weil er im Zusammenhang mit amerikanischen Überlegungen gesehen wird, angesichts der sowjetischen Bedrohung Westberlins eventuell erneut eine Luftbrücke einzurichten.

Neue Ideen

K. W. B. Um die gemeinsame deutsche Auffassung steht es schlecht. Die beiden Deutschland-Pläne, deren Veröffentlichung die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten in diesen Tagen für nötig befunden haben, haben offenbar gemacht, wie schlecht es um diese gemeinsamen politischen Vorstellungen der Deutschen in dieser ihrer schwersten Zeit steht. Aufgegangen ist uns dieses ganze böse Dilemma erst vollends, als Eisenhower vor ein paar Tagen mit seiner Berlin- und Deutschland-Botschaft ein Beispiel für die Einigkeit einer großen Nation uns, den eigentlich Betroffenen, vor Augen stellte.

Das amerikanische Beispiel imponiert um so mehr, als es den Spuk von Behauptungen verjagt, wonach in den Vereinigten Staaten eine Vielzahl von Senatoren mit wechselnden Ideen und Plänen der amerikanischen Politik ganz andere Wege wiesen, als eine etwas ratlos und unentschlossen gewordene Regierung. Die Senatoren und Planeschmiede in den Vereinigten Staaten sind indessen verstummt. Und wenn es auch manchen Leuten in Deutschland gefallen mag, amerikanische Entwürfe für einen deutschen Friedensvertrag schon jetzt wieder, den zuhörenden Sowjets zur Freude, auf dem Markt der Besserwisser zu zerreden, so bleibt doch das schöne Exempel einer geschlossenen amerikanischen Politik, wenn es wie jetzt — um alles geht.

Es gehört schon eine erstaunliche Verdrehung der geschichtlichen Tatsachen dazu, den „Deutschlandplan“ der SPD, der in vielen Beziehungen die Schleiße für das Eindringen des Gewaltregimes in unsere Zone der Freiheit öffnen könnte, mit der Behauptung anzubieten, der durch „jahrelange Versäumnisse und Fehlspekulationen des Westens erst möglich gewordene sowjetische Friedensvertrags-Entwurf“ habe die SPD nun auf den Plan gerufen. Die Legende von den Versäumnissen der deutschen Bundespolitik,

die sich große Teile der Opposition zu eigen gemacht haben, wird hier sogar noch den Sowjets als Entschuldigung für ihren Deutschland-Angriff nachgesehen. Dies, obwohl die Urheber solcher beweislosen Behauptungen eben in Moskau dem Mann gegenüberstanden haben, dessen Regierung vor Jahren die These aufstellte: „Der Eintritt in die NATO schließt die Wiedervereinigung aus“; demselben Mann, der heute sagt: „Ob ihr aus der NATO austretet oder nicht — mit der Wiedervereinigung hat das nichts zu tun“; demselben Mann, der ein paar Tage davor noch weitergegangen war und ausgerufen hatte: „Eine kapitalistische Wiedervereinigung dulden wir nicht“; demselben Mann, der wieder ein anderes Mal zynisch erklärte: „Niemand glaubt an die Wiedervereinigung“; und schließlich ist es der gleiche Chruschtschow, der das östliche Deutschland von heute und das ganze Deutschland von morgen meint, wenn er sein brutales russisches Sprichwort hinpoltert: „Was vom Wagen gefallen ist, ist verloren.“

Wie ließe sich solcher Mentalität gegenüber auch nur der Schatten eines Beweises dafür erbringen, daß man etwas versäumt und daß man den Sowjets früher irgendeine Konzession hätte entreißen können, die heute nicht mehr zu haben sei? Wie will man vor allem das Gerede von der „anderen“, der „elastischeren“, der „entgegenkommenderen“ Methode gegenüber den Sowjets ernsthaft honoriert sehen, wenn man erleben muß, welche kräftigen Ohrfeigen die Sowjets gerade denen erteilen, die ihnen heute beinahe die Möglichkeit öffnen, im freien Teil Deutschlands zu operieren?

Die Veröffentlichung des Deutschland-Plans der SPD hat dennoch ihr Gutes gehabt. Dem lauten Drang nach „neuen Ideen“, der bislang nur immer polemisch gegen die Politik der Bundesregierung anbrandete, ist nun ein Ventil gegeben worden. Der „Vorrat an Ideen“, den vielleicht die deutsche Politik selbst in den Beratungen der Vier-Mächte-Gruppe zu bieten hat, könnte, so meinen wir, ja auch dies

und jenes enthalten, worüber nicht auf öffentlichem Platz diskutiert wird. Gerade die penetrante Ausführlichkeit, mit der die SPD ihre Ideen aufgedeckt hat, gibt ihnen den Charakter einer Studie von Schreibtischpolitikern, denen die Handwerker in der Politik, eben die Regierenden, kraft Amt, Erfahrung und Einsicht überlegen sein müssen. Die SPD hat mit solchen Leistungen der politischen Theorie ihrem Schlagwort von der „sturen“ Politik der Bundesregierung viel, wenn nicht alles von seiner Wirkung genommen; denn die Politik der Bundesregierung ist im harten Zweikampf mit dem Gegner und im vertraulichen Gespräch mit dem Freund geübt. Diese Politik entwickelt in den nicht abbreißenden Gesprächen mit den Verbündeten ständig neue Ideen.

Adenauer hat sich mit de Gaulle auf einer deutsch-französischen Gedankenlinie verständigt. Er hat mit Macmillan nach einer gemeinsamen Grundlage gesucht, die die Moskauer Erkenntnisse des britischen Premiers mit dessen spezifischen Vorstellungen von einer neuen Gemeinsamkeit des Westens verbindet. Der deutsche Bundeskanzler erkundet jetzt auch das Interesse und die besonderen Möglichkeiten, die im Südfügel der Allianz Italien für die jetzt brennendsten gemeinsamen europäischen Fragen hat. Selbstverständlich hat die deutsche Politik ein großes Interesse daran, an dem Dialog Eisenhowers und Macmillans wenigstens geistig anwesend zu sein, der den Grundstein für die Beratungen legt, denen Anfang April die westlichen Außenminister sich hingeben werden.

Wie es auch sei: Wenn aus all diesen Gesprächen, deren Intensität jetzt noch zunimmt, sowenig wie möglich an Plänen und Projekten an die Öffentlichkeit dringt, werden wir auf einem besseren Weg zu den Konferenzen von morgen sein als mit dem Gewirr von Papier, das jedes Gespräch und jede Auseinandersetzung von morgen belasten oder gar unmöglich machen muß.

Peking: Aufruhr in Tibet

Dalai-Lama auf der Seite des Widerstandes — Rote Gegenregierung eingesetzt

Peking (dpa). Die rotchinesische Regierung hat ihr Schweigen über die Vorgänge in Tibet gebrochen und offiziell zugegeben, daß etwa 20 000 Tibeter — angeblich mit ausländischer Unterstützung — den chinesischen Streitkräften eine blutige Schlacht geliefert haben. In einigen Teilen des tibetischen Hochlandes sind noch Kämpfe im Gange. Der Dalai-Lama, das geistliche und weltliche Oberhaupt Tibets, steht auf der Seite der Aufständischen. Er ist von den Rotchinesen abgesetzt und durch den pekingfreundlichen Pantschen-Lama abgelöst worden.

Auf Grund eines Tagesbefehls des chinesischen Ministerpräsidenten Tschu en-Lai wurde die bisherige tibetische Landesregierung in Lhasa aufgelöst. Die Führung der inneren Angelegenheiten wurde einem „neuen vorbereitenden Ausschuß für die autonome Region Tibet“ unter Leitung des Pantschen-Lama übertragen.

Peking läßt keinen Zweifel daran, daß auf dem „Dach der Welt“ schon vor einem Jahr ein Aufstand niedergeschlagen worden sei und daß auch jetzt schon seit langem Unruhen gärten. Die Pekinger Nachrichtenagentur Hsinhua behauptet, daß die Aufständischen aus dem Ausland mit modernsten Waffen versorgt wurden. Nach groben Schätzungen seien von den chinesischen Streitkräften 8000 Handfeuerwaffen verschiedener Art, 81 leichte und schwere Maschinengewehre, 27 schwere Granatwerfer, sechs Gebirgshaubitzen und 10 Millionen Gewehrpatronen erbeutet worden. Die Rebellion sei von der nordostindischen Stadt Kalimpong aus geleitet worden.

Der amtliche Bericht

Nach der Darstellung Pekingens ist der Aufstand in der tibetischen Hauptstadt Lhasa am 10. März ausgebrochen. An diesem Tage sollte der Dalai-Lama an einer Theater-Vorstellung im Hauptquartier der chinesischen Armee in Lhasa teilnehmen. Der Dalai-Lama habe selbst den Wunsch zum Besuch dieser Vorstellung geäußert. „Reaktionäre“ Mitglieder der tibetischen Landesregierung hätten jedoch wilde Gerüchte in die Welt gesetzt, wonach der Dalai-Lama von den chinesischen Streitkräften festgesetzt werden sollte. Mit Schlagworten wie „Verjagt die Chinesen“ und „Tibet muß unabhängig werden“ sei die tibe-

tische Bevölkerung gegen die Chinesen aufgehetzt worden. Ein führender tibetischer „Patriot“ sei getötet und mehrere tibetische Offiziere verwundet worden. Zur gleichen Zeit hätten die Rebellen das chinesische Hauptquartier und die Verwaltungsgebäude der chinesischen Behörden umstellt. In der Nacht zum 19. März seien die Aufständischen zum offenen Angriff gegen die Garnison der „Volksbefreiungsarmee“ in Lhasa angetreten. Drei Tage später hätten Einheiten der „Befreiungsarmee“ jedoch die Aufständischen in der Hauptstadt „völlig vernichtet“. In einigen anderen Teilen Tibets sei mit Unterstützung von „fortschrittlichen und patriotischen Tibetern“ eine Säuberungsaktion gegen die Reste der Rebellen im Gange.

Peking begrüßt die Erklärung des indischen Ministerpräsidenten Nehru vom 23. März, daß sich Indien nicht in die inneren Angelegenheiten einmischen

werde. Es wird versichert, daß die fünf Grundsätze der friedlichen Koexistenz zwischen China und den Nachbarländern, vor allem mit der „großen befreunden Republik Indien“ nicht angetastet würden.

Indien hilft nicht

Die Vorsitzende der regierenden Kongreßpartei, Frau Indira Ghandi, bedauerte auf einem Empfang in Bombay, daß Indien in der gegenwärtigen Lage Tibet kaum helfen könne. Die Entsendung von indischen Beobachtern nach Tibet würde von der Zustimmung Pekingens abhängen. Es sei einleuchtend, daß die feudalistischen Zustände in Tibet überwunden werden müßten, aber die Schwierigkeit bestehe darin, einen Mittelweg zwischen dem Veralteten und dem Modernen zu finden, ohne die religiösen und kulturellen Traditionen Tibets über den Haufen zu werfen.

Sechs Lama-Priester, Vertreter der in den USA lebenden Kalmücken, überreichten einem UNO-Beamten in New York eine Bittschrift, in der sie „die sofortige Beendigung des blutigen Terrors der chinesischen Kommunisten in Tibet“ fordern und die Zulassung von Presseberichterstattern verlangen.

Zwölf Tage unter dem Polareis

Dritte erfolgreiche Fahrt des US-Atom-U-Bootes „Skate“

Washington (dpa). Das amerikanische Atom-Unterseeboot „Skate“ hat erneut die arktische Eiskappe des Nordpols unterfahren und dabei alle früheren Zeit- und Entfernungsrekorde für solche Fahrten gebrochen. Wie von der amerikanischen Marine bekanntgegeben wurde, blieb die „Skate“ bei ihrer 5000 Kilometer langen Fahrt zwölf Tage unter dem Eis.

In der amerikanischen Vereinbarung heißt es weiter, daß die „Skate“ während ihrer Polarreise zehnmal auftauchte, und zwar einmal genau am Nordpol, nachdem ein Loch durch das Eis gebrochen wurde. Damit habe sich erwiesen, daß

es möglich ist, „zu jeder Zeit des Jahres in polaren Regionen zu operieren“. Während der Fahrt wurde die Asche des in Australien gebürtigen und im Dezember vergangenen Jahres verstorbenen Polarforschers Sir Hubert Wilkens am Pol ausgestreut. Sir Hubert hatte diesen Wunsch geäußert.

Die „Skate“ hatte im vergangenen August zweimal die Arktis unterquert. Auf der Route, die zum erstenmal von dem amerikanischen Atom-Unterseeboot „Nautilus“ befahren worden war, tauchte die „Skate“ am 11. und am 17. August vergangenen Jahres unter der Eiskappe des Pols hindurch.

„Wir haben Impfbrigaden . . .“

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeußland

B. Berlin (Eigenbericht). Ob es um Normerhöhungen oder um einen Friedensvertrag geht, ob um Altmaterialsammelungen oder Reiseverbote, die SED setzt ihre Propagandamaschine in Gang. Und jede Form der Opposition wird sogleich als Feindpropaganda „entlarvt“. Jeder Beobachter muß den Eindruck haben, daß das Regime sehr gut weiß, wie intensiv und gleichbleibend die Bevölkerung dieses System ablehnt.

KOTTBUS

Die „zweite“ Tätigkeit. Die Facharbeiter haben die Aufgabe gestellt bekommen, einen zweiten Beruf zu erlernen und sich für eine weitere Tätigkeit zu „qualifizieren“. Sie sollen bei Pannen einspringen können, aushelfen und Reparaturen selbst verrichten. Die Genossen wurden angewiesen, auch Hilfsarbeiten zu erledigen, wenn Not am Mann ist, um Arbeitsunterbrechungen zu vermeiden.

Gedankenlose Projektierung. Die „Lausitzer Rundschau“ stellt über das Neubauprogramm fest, es würden zu wenig Läden gebaut. „Beim Kauf von Lebensmitteln, Textilien, Industriewaren, Molkeprodukten u. a. müssen die Hausfrauen oft stundenlang warten. Bei der Projektierung der Wohnhäuser hat man wiederum versäumt, Läden, Kulturräume und Kindergärten zu planen.

LAUCHHAMMER

Buch der guten Taten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen erhielten die Aufforderung, sich in ein Buch einzutragen, das zum 10. Jahrestag der Zonenrepublik den Spitzenfunktionären überreicht wird. Eine Eintragung lautet: „Vom Formlegerkollektiv im Braunkohlenkombinat Lauchhammer wird das Formenlegen so organisiert, daß statt zwei Pressen drei Pressen in einer Schicht eingelegt werden können. Die Formlegerkolonne organisiert die Einlegezeit an den Meuselwitzer Pressen so, daß die Einlegezeit nur noch 120 Minuten beträgt. An den Görlitzer Pres-

sen wird das Einlegen in 130 Minuten geschafft.“

Fortschrittliche Poesie. Ein Auszug aus dem Gedicht: „Das Weißbrotlied“:

„Kam eine Frau gegangen —
und wollt ein halbes Brot.
Mit bleichgehöhnten Wangen —
aß sie den Siechentod.

Spuckt aus. Jenes Weißbrot
war radioaktiv.

Der Leukämie- und Krebsod —
im Bette mit jedem schlief.

Was nützt die fromme Bitte —
nach unserem täglich Brot,
wenn in der Lebenssitte — nicht
alles ist im Lot.

Stürmt die Atomstationen —,
das Kriegshetzergebot.

Wenn wir im Frieden wohnen
— blüht uns gesundes Brot.“

Film als Erziehungsmittel. Der schwache Besuch des Films der DEFA „Das Lied der Matrosen“ und die schlechte Planerfüllung beim Filmbezug geben der SED zu denken. Die Kumpels müßten besser erzo-gen werden.

Impfbrigaden am Arbeitsplatz. Wie die „Lausitzer Rund-

schau“ meldet, wurden Impfbrigaden gebildet, die in die Betriebe fahren. „Wir haben Impfbrigaden, die sich aus einer Schwester, einer Ärztin oder einem Arzt und zwei Rote-Kreuz-Helfern zusammensetzen. Die Impfung wird am Arbeitsplatz vorgenommen. Aber unter Impfen ist nicht einfach das Piket zu verstehen, sondern durch einen Zerstörer wird der Impfstoff in die Nase eingespritzt und schützt gegen Grippe.“

HALLE

Auf dem „Internationalen Frauentag“. Der DFD — der kommunistische Frauenbund der Zone — hatte Angehörige von Ruhrkumpeln, die Feierschichten fahren, zu Kaffee und Kuchen eingeladen. Auf einem Ausspracheabend soll eine westdeutsche Frau berichtet haben: „Wir können nur heimlich für den Frieden kämpfen. Unsere illegale Friedensarbeit führen wir in Ruder- oder Segelklubs durch oder wir müssen uns auf sogenannten Geburtstagsfeiern treffen.“

Der Papst an die Staatsmänner

„Grundrechte des Menschen“ — Osterbotschaft Johannes' XXIII.

Rom (ap/dpa). In der ersten Osterbotschaft seines Pontifikats hat Papst Johannes XXIII. zum Gebet für den Frieden aufgerufen und gleichzeitig an die Staatsmänner der Welt appelliert, die Grundrechte des Menschen zu garantieren. Die Staatsoberhäupter sollten durch ihre hohe Berufung nicht zu Schiedsrichtern, sondern zu Beschützern der Völker werden. Diesen Völkern gegenüber hätten sie die Pflicht, die Achtung vor den Grundrechten der menschlichen Persönlichkeit sicherzustellen.

Der Papst erinnerte in seiner Botschaft daran, daß es im Laufe der Jahrhunderte auch für die Kirche Feinde gegeben habe, die immer wieder deren Agonie und ihren Tod feierten. „Aber die Kirche, die in sich die unbesiegbare Kraft ihres Stifters hat, ist mit ihm immer neu auferstanden, allen

verzeihend und Zuversicht und Frieden sicherstellend für die Niedrigen, die Armen, die Leidenden und für die Menschen guten Willens.“ Der Papst forderte die Gläubigen auf, zum Kampf bereit zu sein, um die Kirche zu verteidigen.

In seinem Gebet richtete der Papst einen besonderen Gruß an das bulgarische Volk, mit dem er „das Leben seiner rüstigsten Jahre“ geteilt habe. Die Osterbotschaft schloß mit dem Ruf an Christus: „Laß jene ersehnte Gabe kommen über alle und über die einzelnen Glieder der Menschheitsfamilie, damit ein bald sich wieder entzündendes Licht die Finsternis des Irrtums aus dem Denken vertreibe.“

Am Ostersonntag erteilte der Papst in Anwesenheit von etwa 100 000 Menschen „Urbi et orbi“, der Stadt und dem Erdkreis, seinen Segen.

Wirklichkeits- fremd

W. Bonn. Selten sind soviel geistige Bemühung und soviel guter Wille auf einen so vergeblichen politischen Plan verwendet worden wie auf den jüngsten „Deutschland-Plan“ der SPD. Dieses monströse Programm einer militärischen Entspannung in Europa, die zugleich den Weg zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands legen soll, trägt fraglos in allen seinen Teilen das Zeichen des aufrichtigen Verlangens nach einer besseren Ordnung der Welt. Mit weitreichenden Zugeständnissen soll der sowjetischen Führung die Wiedervereinigung schmackhaft gemacht werden, ohne daß sie die Westmächte erschrecken soll. Aber es wirkt wie eine Ironie der Weltpolitik, daß die SPD diesen Plan gerade einen Tag nach der Rückkehr ihrer beiden Abgesandten aus Moskau, Schmid und Erler, verkündet, die ihr die unmißverständliche Nachricht mitgebracht haben, an diesem Plan sei Chruschtschow nicht stärker interessiert als an freien gesamtdeutschen Wahlen.

Was die Außenpolitiker der SPD da in monatelanger Arbeit wie ein verzwicktes Puzzlespiel zusammengelastet haben, ist gewiß eine bewundernswürdige geistige Leistung. Der Fehler aber liegt darin, daß die Politik nicht auf Geistesakrobatik beruht, sondern auf Macht. Da die Sozialdemokraten jahrelang in der Opposition gestanden haben, wo man nicht die unmittelbare Verantwortung trägt, sind sie der Macht entwöhnt und haben das Gefühl für den beherrschenden Rang der Macht in der Politik eingebüßt. Nur so konnte die SPD zu der Ansicht gelangen, ein so weitverzweigtes internationales Problem wie die Wiedervereinigung sei mit komplizierten Plänen, die am grünen Tisch entworfen werden, zu lösen, während es sich doch in erster Linie um eine Machtfrage handelt. Chruschtschow will, wie er gerade auch Schmid und Erler in aller Öffentlichkeit gesagt hat, den sowjetischen Teil

Deutschlands nicht herausgeben. Wäre er also dazu bereit, so bedürfte es keiner verwickelten Pläne.

Man muß den SPD-Experten, die an diesem Plan mitgearbeitet haben, eines zugestehen; sie haben das Äußerste getan, um die Sowjets trotzdem an diesem Plan zu interessieren. Die gewaltigen Zugeständnisse, die der Plan Moskau und den Statthaltern Moskaus in Deutschland macht, sind nur aus dem heimlichen Verlangen zu erklären, die sowjetische Führung anzulocken, wie man den Bären, der in der Ferne ums Haus schleicht, mit Honigduft anzuziehen versucht. Nur haben die Verfasser nicht bedacht, daß der russische Bär den Honig aus dem Baumstamm wie im Märchen herausschlecken kann, ohne mit Schnauze und Pfoten in dem Spalt steckenzubleiben. Mit Vergnügen wird die Sowjetregierung feststellen, wie weit sich die SPD den kommunistischen Vorstellungen in bezug auf die „atomwaffenfreie Zone“ und die „Deutsche Konföderation“ angenähert hat. Diese erstaunlichen Zugeständnisse wird die

SPD nie mehr aufheben können. Aber von Zugeständnissen der sowjetischen Seite wird man in Zukunft wahrscheinlich ebensowenig hören wie in der Vergangenheit.

An diesem Punkt enthüllen sich die Gefahren, die in dem Pläneschmieden des Westens liegen. Die Sowjetunion hat, vor allem mit ihrem Entwurf eines deutschen Friedensvertrags, das Äußerste an Forderungen präsentiert, was man sich überhaupt vorstellen konnte. Nun antwortete die SPD damit, daß sie bis an die Grenze der möglichen Zugeständnisse geht. Worüber soll bei einer solchen Taktik überhaupt noch verhandelt werden, wenn man unter Verhandlungen das gegenseitige Abbringen von Konzessionen versteht? Offenbar hat die SPD das Gefühl für die Härte der Auseinandersetzung zwischen West und Ost, in die das Deutschland-Problem eingebettet ist, verloren. Sie tritt den Sowjets gegenüber, als habe sie mit biederen Kaufleuten zu tun, die in aller Redlichkeit auf das Zustandekommen eines Geschäftes bedacht sind.

Bonn lehnt SPD-Plan ab Gefahr eines „ungeheuren Spannungsfeldes“

W. Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung und die CDU/CSU haben sich scharf gegen den von der SPD veröffentlichten „Deutschlandplan“ gewandt, der die Einrichtung einer mitteleuropäischen „Entspannungzone“ und eine Wiedervereinigung in drei Stufen vorsieht.

Die Regierung erklärte, der Plan würde im Falle der Wirklichkeit die Verteidigungskraft des Westens einseitig schwächen. Form, Ausmaß und Tempo der Wiedervereinigung würden in das Belieben Pankows gestellt, das gleichberechtigt als zweiter deutscher Staat neben der Bundesrepublik anerkannt würde. Da wirklich freie Wahlen erst nach der Fertigstellung der gesamtdeutschen Verfassung stattfinden sollten, sei die demokratische Entwicklung eines künftigen Gesamtdeutschlands entscheidend gefährdet.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Pro-

fessor Furler (CDU), erklärte, die Wirklichkeit dieses Planes würde zur Entstehung eines „ungeheuren Spannungsfeldes“ in Mitteleuropa führen. Während die Großmächte nach diesem Plan in Europa militärisch auseinanderrückten, blieben die politischen Probleme ungelöst. Die sogenannte DDR werde als zweiter deutscher Staat mit allen Konsequenzen anerkannt, aber es gebe keinerlei Garantie dafür, daß es jemals zur Wiedervereinigung komme.

Der CDU-Abgeordnete Majonica, Vorsitzender des Außenpolitischen Arbeitskreises der Fraktion, machte der SPD zum Vorwurf, daß ihr „Deutschlandplan“ nicht nur ein Instrument für die Wiedervereinigung, sondern auch ein Instrument zur „linkssozialistischen Neuordnung Deutschlands“ sein solle.

Abschließend milderte Furler diese Kritik aber ein wenig ab. Er sprach die Hoffnung aus, daß auch die SPD diese Konsequenzen nicht wünschen könne.

Einstimmigkeit im Bundestag

Berlinhilfe-Gesetz angenommen — Beifall für Brandt

Bonn (dpa/ap). Der Bundestag billigte einstimmig das Berlinhilfe-Gesetz. Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier betonte, es gehe jetzt vor allem um die Sorge, den Beschäftigungsstand zu erhalten und weiter zu heben sowie um den Anreiz, neue Produktionsstätten zu schaffen. Das Gesetz solle eine weitere Initialzündung für eine kraftvolle Entwicklung der Wirtschaft in Berlin sein.

Stürmisch begrüßt von allen Abgeordneten wurde der Regierende Bürgermeister Brandt, als er dem Bundestag seinen Dank für die Berlinhilfe aussprach. Er appellierte an die Wirtschaft, mit Aufträgen nicht nachzulassen und sich dabei auch nicht durch irgendwelche Daten, die andere Leute aufstellen, beeinflussen zu lassen. Brandt betonte, daß sich die Berliner Bevölkerung durch die drohenden Wolken nicht einschüchtern lasse. Es sei den Sowjets nicht gelungen, die klare Haltung der Berliner ins Wanken zu bringen und in Berlin eine Panik zu erzeugen. Für eine Überwindung der Krise sei aber ebenso wie die feste Haltung Berlins die Standfestigkeit und der Zusammenhalt zwischen der Be-

völkerung Westdeutschlands und Berlins entscheidend.

Das neue Gesetz sieht eine Verlängerung und eine Erhöhung der bisherigen Hilfen für Berlin vor. So ist der Garantierahmen von 100 auf 500 Millionen DM erhöht worden. Ferner sieht das Gesetz zusätzliche Abschreibungs erleichterungen bis zu 75 Prozent für Anlagegüter vor.

Wehrbeauftragter vereidigt

Der erste Wehrbeauftragte des Bundestages, Generalleut-

nant a. D. Helmut von Grolman, leistete vor dem Bundestag seinen Eid. Seine Amtszeit beginnt am 1. April. Sie dauert insgesamt fünf Jahre. Eine Wiederwahl ist zulässig. Aufgabe des Wehrbeauftragten ist es, darüber zu wachen, daß in der Bundeswehr die Grundrechte gewahrt und die Grundsätze der inneren Führung nicht verletzt werden. Jeder Soldat hat das Recht, sich direkt an den Wehrbeauftragten zu wenden. Nach der Vereidigung wünschte Präsident Gerstenmaier dem Bundestag geruhsame Osterferien und berief die nächste Sitzung auf den 8. April ein.

Rekord im Wohnungsbau erwartet

Im vergangenen Jahr wurden 510 000 Wohnungen fertiggestellt

M. Wiesbaden (Eigenbericht). Nach den vorliegenden Feststellungen des Statistischen Bundesamtes wurden im vergangenen Jahr im Bundesgebiet und Westberlin 510 000 Wohnungen bezugsfertig. Damit sind seit der Währungsreform über 4,5 Millionen Wohnungen mit einem Kapitalaufwand von 78 Milliarden DM errichtet worden.

Das vorjährige Wohnungsbauergebnis ist aber um 40 000 Wohnungen hinter dem des Jahres 1957 zurückgeblieben. Die neuerstellten Wohnungen haben jedoch eine gegenüber den Vorjahren größere Grundfläche und bessere Ausstattung aufzuweisen. Die Durchschnittskosten je Neubauwohnung haben sich von 21 000 auf 23 000 DM erhöht. Auch im letzten Jahr wurden über die Hälfte, d. h. 53 Prozent aller Wohnungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau errichtet.

Für das laufende Jahr rechnet die westdeutsche Wohnungswirtschaft mit einem neuen Rekordergebnis im Wohnungsbau. Der gesamte Bauüberhang war Ende vorigen Jahres mit 578 400 Wohnungen um 52 600 Wohnungen höher als Ende 1957. Für diesen beträchtlichen Wohnungsbauüberhang ist die Finanzierung schon im vorigen Jahr sichergestellt worden. Die günstige Entwicklung am Kapitalmarkt ermöglicht in diesem Jahr eine wei-

tere Aufstockung des Bauvolumens.

17 Ärzte geflohen

Berlin (Eigenmeldung). 17 Oberärzte und Fachärzte, die dem Lehrkörper der Medizinischen Akademie Dresden angehörten, sind in den letzten zwölf Monaten in die Bundesrepublik geflüchtet. Das sind, wie das Informationsbüro West berichtet, zehn Prozent des Lehrkörpers der Akademie. Unter den Geflüchteten sind der Chefarzt der Augenklinik und der Chef der Röntgenabteilung. Ein Facharzt für Neurologie, der aus der Bundesrepublik nach Dresden gekommen war, ist wieder zurückgekehrt.

Amrehn nach Nahost

Berlin (Eigenmeldung/dpa). Auf einer Veranstaltung der Ernst-Reuter-Gesellschaft in der Freien Universität hat der Regierende Bürgermeister Brandt, der über seine Weltreise sprach, die Notwendigkeit betont, in geeigneter Weise aufklärend in der Welt zu wirken. Er plädierte u. a. dafür, daß eine deutsche Akademie für die Entwicklungsländer ihren Sitz in Berlin erhalten sollte. Ferner kündigte er an, daß Bürgermeister Amrehn in den Vorderen Orient fahren werde, um den Standpunkt Berlins in der arabischen Welt klarzulegen.

Mai-Parole:

Berlin bleibt frei

Berlin (Eigenmeldung). Die diesjährige Maikundgebung wird unter dem Motto „Berlin bleibt frei“ auf dem Platz der Republik vor dem alten Reichstagsgebäude unweit der Sektorengrenze veranstaltet. Das teilte der Berliner DGB mit. Nach der Verlautbarung konstituierte sich das „Berliner Maikomitee 1959“ unter dem Vorsitz des Berliner DGB-Vorsitzenden Scharnowski. Dem Komitee gehören Vertreter der Gewerkschaften, der im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien SPD und CDU sowie des Senats an. Die Beteiligten seien sich darüber einig gewesen, daß die diesjährige Maikundgebung dem Freiheitswillen der Berliner zu widmen sei.

Drei-Punkte-Plan für Gipfeltreffen

Vorschlag der Westmächte an Moskau — Vorkonferenz in Washington

Washington (ap/dpa). Präsident Eisenhower und der britische Premierminister Macmillan haben sich auf ihrer Konferenz in Camp David auf einen Drei-Punkte-Plan für eine Gipfelkonferenz mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow im Sommer geeinigt. Die Kompromißformel liegt auf halbem Wege zwischen dem Wunsch Macmillans, ohne Bedingungen mit Chruschtschow zusammenzutreffen, und der Abneigung Eisenhowers gegen ein Treffen ohne Erfolgsaussichten. Die Bundesregierung hat dem westlichen Plan, dessen Einzelheiten auf einer Tagung der westlichen Außenminister in Washington ausgearbeitet werden, zugestimmt.

Die drei Punkte, auf die sich Eisenhower und Macmillan geeinigt haben, sind:

1. Die vier Großmächte berufen zum 11. Mai eine Außenministerkonferenz nach Genf ein. Die Minister sollen eine größtmögliche Übereinstimmung über das Deutschlandproblem und verwandte Fragen erreichen, die Differenzen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten verringern und Vorschläge für eine spätere Gipfelkonferenz ausarbeiten.

2. Die Regierungschefs sollen zusammenkommen, wenn es durch die Arbeit der Außenminister gerechtfertigt ist.

3. Die Außenminister werden daher die Verantwortung dafür tragen, daß Termin, Ort und Gegenstand der Gipfelkonferenz festgelegt werden.

Dieser Drei-Punkte-Vorschlag soll in die westlichen Noten eingearbeitet werden, die voraussichtlich noch in dieser Woche in Moskau überreicht werden. Die Außenminister Großbritanniens, der USA und Frankreichs werden vor der Tagung des NATO-Rates am 31. März in Washington zu einer zweitägigen Beratung über die Berlin- und Deutschlandfrage zusammenkommen. Außenminister von Brentano soll etwas später zu den Beratungen hinzugezogen werden. Anschließend werden die vier Außenminister an der am 2. April in Washington beginnenden Tagung des NATO-Rates teilnehmen.

Ständige Einrichtung?

Der britische Premierminister Macmillan hat bei seinen Besprechungen mit Präsident Eisenhower angeregt, daß Gipfelkonferenzen mit dem sowje-

tischen Regierungschef Chruschtschow alle sechs Monate abgehalten werden sollten, wenn die erste Konferenz im Spätsommer dieses Jahres Erfolg hat. Diese ständigen Konferenzen sollten an einem einsamen Ort in Schottland abgehalten werden, wo es ein modernes Herrenhaus und einen Golfplatz gibt.

Preis für Kompromiß

Eines der Hauptthemen, das die westlichen Außenminister in Washington besprechen werden, wird das westeuropäische Sicherheitssystem sein, das den Sowjets als Preis für ein Berlin- und Deutschland-Kompromiß angeboten werden soll. Den britischen Plan für zonenbegrenzte Rüstung in Europa, der von Macmillan zum Hauptpunkt seiner Aussprache mit Eisenhower gemacht wurde, hat der amerikanische Präsident mit großer Zurückhaltung aufgenommen. Macmillan soll es nicht gelungen sein, eine ausführliche Diskussion mit den amerikanischen Gesprächspartnern über diese britische Idee herbeizuführen. Die Amerikaner hörten zwar die Vorschläge an, zogen sich jedoch dann darauf zurück, daß die Frage mit den Verbündeten besprochen werden müsse.

Der britische Plan sieht das Einfrieren der Truppenstärke und Rüstung auf den Stand vor, der beim Abschluß der Vereinbarung erreicht worden ist. Da Deutschland keine Atomwaffen besitzt, würde der Abschluß auf den bevorstehenden Konferenzen mit den Sowjets bedeuten, daß Deutschland ohne Atomwaffen bleibt. Ein britischer Sprecher erklärte

hierzu, darin werde keine Diskriminierung gesehen.

Sowjetische Gegenleistung

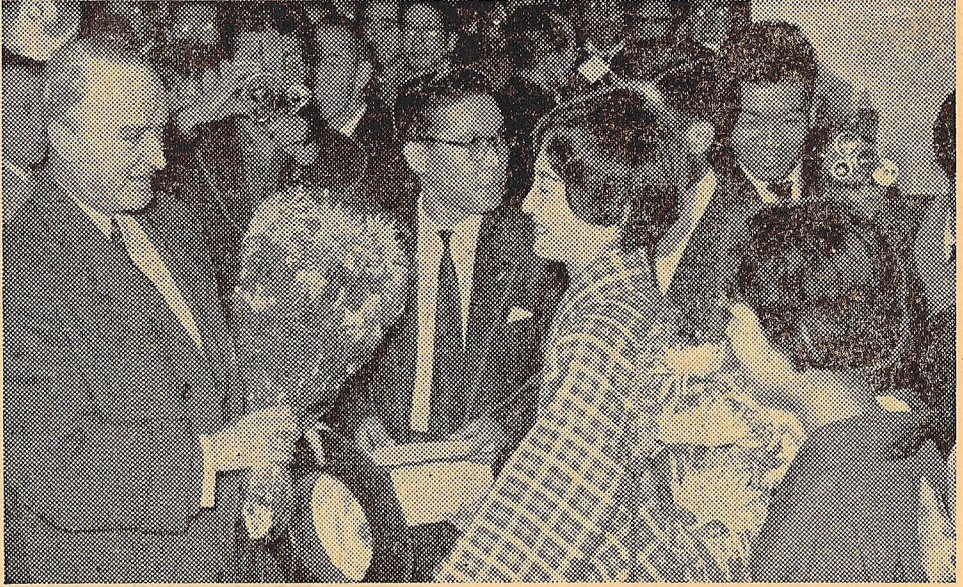
Die sowjetische Gegenleistung, die man anstrebt, würde vor allem ein neuer internationaler Status für Berlin sein, der das Recht der Westmächte auf Truppenstationierung in der Stadt anerkennt. Die Wiedervereinigung wird auch von britischer Seite als notwendig erkannt, aber nicht für erreichbar gehalten.

Paris: Keine Preisgabe

Paris (Eigenmeldung). „Es kann keine Rede davon sein, Berlin preiszugeben oder die ‚DDR‘ anzuerkennen, das eine wie das andere würde zur Verewigung der Teilung Deutschlands führen“, erklärte Außenminister Couve de Murville bei seinem ersten Erscheinen vor dem Auswärtigen Ausschuß der Nationalversammlung. „Frankreich ist der Meinung“, führte er weiter aus, „daß es auf seine Rechte, zum Beispiel den freien Zugang nach Berlin, niemals verzichten darf.“ Ein gewisser Pessimismus kam in der Überlegung zum Ausdruck, daß man sich auf die Hoffnung beschränken müsse, auf dem Verhandlungsweg mit den Sowjets einen Weg ausfindig zu machen, der eine Koexistenz erlaubt, bis die Umstände eine Lösung der deutschen Frage ermöglichen.

Neues Amt für Puschkin

Moskau (dpa). Der sowjetische Ministerrat hat Georgij Puschkin zum stellvertretenden Außenminister ernannt. Puschkin wurde damit sechster Stellvertreter Gromykos. Puschkins Name ist eng mit der sowjetischen Deutschlandpolitik seit dem Kriege verbunden. Er hat mehrere Jahre Moskau in Ostberlin vertreten und war außerdem Mitglied der sowjetischen Delegationen auf der Berliner Außenministerkonferenz 1954 und auf der Genfer Viermächte-Konferenz 1955. Möglicherweise steht seine Ernennung mit den bevorstehenden Verhandlungen über Berlin in Zusammenhang.



BILDER DER WOCHE: Oben: Das japanische Mannequin Yoshiko Fukuda (Mitte) begrüßte Alfried Krupp (links) mit einem Blumenstrauß, als der deutsche Großindustrielle in Tokio eintraf. Krupp will sich zum Studium der Wirtschaft fünf Wochen in Japan aufhalten. — Unten: Geishas lächelten Jawarhal Nehru zu, als er das erste in Indien errichtete Teehaus auf dem Grundstück der japanischen Botschaft besuchte und nach jahrtausendealter japanischer Sitte Tee trank.

